

**Jagdgesetz | Nach Urteil von SAB-Direktor Thomas Egger hat das Nein staatspolitische Dimensionen. Nicht zum ersten Mal**

## «Das Schlimmste wäre ein Stillstand»



Der Blick ins Ungewisse. Schmeissen nun zahlreiche Bauern den Bettel hin?Foto Keystone

Martin Schmidt

**Bern / Wallis | Mit ihrer überwältigenden Zustimmung zum Jagdgesetz hat die Bergbevölkerung klar zum Ausdruck gebracht, dass man auf eine Lösung für die Wolfsproblematik pocht. Die urbanen Kantone haben die Hoffnungen mit ihrem Nein resolut beendet. Was bleibt, ist die Frage, wie es nun weitergeht?**

Darüber wird seit dem knappen Nein zum Jagdgesetz rege spekuliert. Parlamentarier von links bis rechts haben bereits Motionen in Aussicht gestellt. Doch aus Sicht von Thomas Egger, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) und Teil der Kampagnenleitung des Ja-Komitees, steht nun der Bundesrat in der Pflicht. Und zwar rasch. «Was nun auf keinen Fall passieren darf, ist ein Stillstand bei der Wolfsproblematik», betont Egger. «Sollte dies geschehen, werden zahlreiche betroffene und frustrierte Landwirte den Bettel hinschmeissen», ist er überzeugt.

### 3-Punkte-Plan

Egger nennt einen 3-Punkte-Plan: 1. Der Bundesrat müsse über den Verordnungsweg eine rechtliche Grundlage schaffen, die ein Miteinander von Wolf auf der einen und der Nutztierhaltung sowie dem Tourismus auf der anderen Seite ermöglicht. «Die Umweltverbände haben hier bereits ihre Gesprächsbereitschaft signalisiert», so Egger. Darüber hinaus habe das Resultat klar zum Ausdruck gebracht, dass die Bevölkerung die Verantwortung bei der Wolfsregulation klar beim Bund sieht und diese nicht an die Kantone abtreten wolle. Deswegen müsse der Bund als Punkt 2 zwingend zusätzliche Massnahmen und Mittel zur Unterstützung des Herdenschutzes sprechen. «Auch wenn man weiss, dass dieser vielerorts nicht funktioniert.» Als dritten Punkt sieht Egger Handlungsbedarf in der Agrarpolitik. Das Bundesamt

für Landwirtschaft stehe in der Verantwortung, flankierende Massnahmen zu ergreifen. «Dazu muss es z. B. von einer Verschärfung der Ausbildungsvorschriften für Landwirte absehen sowie die Strukturverbesserungsmassnahmen unter anderem mit Blick auf Stallbauten stärken», so der SAB-Direktor.

---

## «Der Ständerat muss als Korrektiv gestärkt werden»

---

Thomas Egger, SAB-Direktor

---

Sorgen bereitet Egger auch der gewaltige Graben, den das Ergebnis zwischen urbane und ländliche Kantone reisst: «Es ging bei der Abstimmung nicht bloss um die Frage: Wolf, ja oder nein? Wie bei der Zweitwohnungsinitiative im Jahr 2012 wird mit dem Ergebnis erneut das Verhältnis zwischen Stadt und Land ganz grundsätzlich infrage gestellt. Das sind vielmehr staatspolitische Dimensionen», ist er überzeugt. Im Kontext dieser Bevormundung von Berg und Land durch die bevölkerungsreichen Grosse Stadtkantone müssten die immer wiederkehrenden Angriffe auf den Ständerat mit allen Mitteln abgewehrt werden. Aus städtischen Kreisen wurde schon mehrfach gefordert, den Ständerat nicht mehr als Kantonsvertretung, sondern auch nach der Bevölkerungsstärke zu wählen. Da mit Ausnahme der ehemaligen Halbkantone (je ein Ständerat) alle Kantone zwei Ständeräte stellen, verfügten die bevölkerungsschwächeren Regionen hier über eine Art Korrektiv gegenüber dem eher urban dominierten Nationalrat, führt Egger aus. Umso mehr spricht sich Egger für eine Stärkung des Ständerats aus.

Dass man bei der Ja-Kampagne auf die falsche Strategie gesetzt hat, glaubt Egger dagegen nicht: «Wir haben auf eine sachliche, faktenbezogene Argumentation gesetzt und wurden schliesslich von der enormen Wucht der Nein-Kampagne überrollt.» Gerade auch in finanzieller Hinsicht. «Sieht man sich die Inseratezahlen an, dürfte sich das Gegner-Budget eher im Bereich von acht bis zehn Millionen Franken bewegt haben», so Egger. Vonseiten des Nein-Komitees wurde bloss ein Budget von zwei Millionen genannt.

### Zwei unterschiedliche Abstimmungen?

Handlungsbedarf in der Wolfsthematik sieht auch Brigitte Wolf, Präsidentin der Grünen Oberwallis, die sich mehrfach kritisch zum abgelehnten Jagdgesetz geäussert hat. «Für ein gutes Miteinander von Wolf und Bergbevölkerung braucht es die Möglichkeit, schadenstiftende Tiere abschiessen zu können. Deshalb bin ich für eine Herabsetzung der Hürden, wenn die Kriterien klar definiert werden», so die Biologin. Beim Jagdgesetz habe man das Fuder aber völlig überladen. Aus diesem Grund erkennt sie im Ergebnis nur auf den ersten Blick einen Stadt-Land-Graben. «Meiner Meinung nach haben die Städte und die Berg- und Landbevölkerung aus ihrer jeweiligen Perspektive über zwei völlig unterschiedliche Vorlagen abgestimmt. Aus Sicht der Städte wollte man einfach viel zu viele Hintertüren einbauen, über die auch der Schutz anderer bedrohter Arten hätte herabgesetzt werden können. Aus Sicht der Bergregionen ging es bei der Abstimmung allein um die Lösung der Wolfsproblematik.» Nun müsse man sich zusammensetzen und eine gemeinsame Lösung erarbeiten, bei der der Artenschutz im Jagdgesetz etwas stärker berücksichtigt werde und die von den Umweltverbänden mitgetragen werde, so Wolf.